

Rosanvallon, Pierre: *Die Gesellschaft der Gleichen*. Hamburg: Hamburger Edition, HIS Verlag 2013. ISBN: 978-3-86854-257-8; 384 S.

Rezensiert von: Stephan Lessenich, Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Wer die Geschichte des Wohlfahrtsstaats von Bismarck aus denkt, wird nicht unbedingt auf die Idee kommen, sie als Demokratiegeschichte zu schreiben – oder gar als eine solche der Gleichheit. Schon deswegen ist Pierre Rosanvallons „Die Gesellschaft der Gleichen“ für deutsche Leser/innen ein Gewinn. Rosanvallon, einer der bedeutendsten europäischen Politikhistoriker der Gegenwart, führt das im 20. Jahrhundert etablierte wohlfahrtsstaatliche Arrangement auf die politisch-soziale Ideengeschichte jener Doppelrevolution der westlichen Welt zurück, die sich zum Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich und den Vereinigten Staaten vollzogen hat. Von Paris und der amerikanischen Ostküste aus entwickelte sich die Vorstellung einer Gesellschaft der Gleichgeborenen, einer neuen „Welt der Ebenbürtigen“ (S. 31). Selbst wenn sich die institutionellen Formen der Wohlfahrtsstaatlichkeit spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa und Nordamerika untereinander ausdifferenziert haben, lassen sich wichtige, gemeinsame Spuren der modernen Gleichheitsidee bis in die Gegenwart des Wohlfahrtskapitalismus verfolgen.

Durch „Die Gesellschaft der Gleichen“ weht, obwohl dieser Referenzautor nicht allzu oft explizit erwähnt wird, der Geist von Alexis de Tocquevilles „Über die Demokratie in Amerika“. Anfang der 1830er-Jahre hatte dieser in einer Mischung aus lebensweltlicher Faszination und standesdünkelnem Grauen die Vereinigten Staaten bereist und die amerikanische Demokratie als die – im Guten wie im Schlechten – zukünftige Lebensform auch der europäischen Gesellschaften plastisch beschrieben. Rosanvallon knüpft hier unmittelbar an, wenn er aus heutiger Sicht an das gesellschaftsrevolutionierende Moment der Idee eines radikal gleichen „Wählerindividuums“ (S. 47) erinnert, wenn er das damalige Aufblühen eines „demokratischen Imaginären“ (S. 55) in den staatsbürger-

lichen Köpfen und Herzen auch den heutigen Mitgliedern des demokratischen Gemeinwesens angedeihen lassen möchte. Am stärksten ist Rosanvallons Buch dort, wo es dieses sozial Umwälzende, Aufbrechende und Angleichende der Demokratie – vom Duzen aller Bürger/innen bis hin zur progressiven Steuererhebung – ebenso emphatisch wie sprachgewaltig vor Augen führt. Das Buch bietet damit vielfältigen Stoff für die Verteidigung der Idee demokratischer Gleichheit auch gegen die klügeren ihrer (nicht zuletzt im jüngeren politiktheoretischen Diskurs Frankreichs populär gewordenen) Verächter. Und dass diese Verteidigung heute dringend notwendig ist, daran lässt Rosanvallon keinen Zweifel. Gleich einleitend diagnostiziert er eine „Krise der Gleichheit“ (S. 9) und sieht es als zentrale gesellschaftliche Aufgabe, die demokratische Imagination wiederzubeleben, den „Gleichheitsgedanken neu zu begründen“ (S. 17).

Instruktiv ist „Die Gesellschaft der Gleichen“ vor allen Dingen hinsichtlich der Rekonstruktion der Geburt des Wohlfahrtsstaats – als dem organisierenden Zentrum gesellschaftlicher Gleichheit im 20. Jahrhundert – aus dem revolutionären Geist der Demokratie einerseits, dem (in diesem Sinne) konterrevolutionären Affekt der antidemokratischen Großideologien des 19. Jahrhunderts andererseits. In einem beeindruckenden historischen Großpanorama öffnet Rosanvallon den Blick für vier gesellschaftspolitische Reaktionsmuster auf die industriekapitalistische Erschütterung der alten gesellschaftlichen Ordnung, die sich zugleich als vier Spielarten der Abkehr von den revolutionären Idealen der Gleichheitsdemokratie verstehen lassen: Liberalkonservatismus, Kommunismus, Nationalprotektionismus und Rassismus. Der Wohlfahrtsstaat erscheint in diesem Lichte als die große, einem „Reformismus der Angst“ (S. 207) entsprungene Gegenbewegung, die mit einem umfassenden steuer-, versicherungs- und arbeitspolitischen Interventionismus der Option für die Gleichheit eine institutionelle Heimat gegeben hat. Dieses aus der Durchsetzungskrise des Industriekapitalismus geborene Arrangement einer „Vergesellschaftung von Verantwortung“ (S. 230) für das Soziale in Gestalt gleichheitsorientierter, umverteilender Staatstätigkeit sei dann

am Ende des 20. Jahrhunderts selbst in die Krise geraten, im Zeichen des großen neoliberalen „Gegenschlags“ (S. 249), der zu einer schleichenden Aushöhlung der wohlfahrtsstaatlichen Solidarinstitutionen geführt habe.

Zwei Aspekte dieser durchaus eingängigen historischen Erzählung vermögen den kritischen Leser nicht ganz zu überzeugen. Zum einen wäre es der heuristischen Trennschärfe zwischen den vier identifizierten (teils anti-, teils hyperegaleitären) gesellschaftspolitischen Bewegungen zwar abträglich, der empirischen Komplexität der Verhältnisse aber angemessener gewesen, wenn deren zahlreiche Schnittstellen systematischer herausgearbeitet worden wären – etwa diejenige zwischen den Ideen „negativer Gleichheit“ (S. 169) in der nationalprotektionistischen und „organischer Gleichheit“ (S. 187) in der rassistischen Sozialwelt (die von Rosanvallon erstaunlicherweise nur auf die USA bezogen diskutiert wird). Zum anderen ergibt sich aus der paradigmatischen Gegenüberstellung des (spät)modernen Wohlfahrtsstaats zu diesen vier Bewegungen eine Tendenz zur retrospektiven Idealisierung einer spätestens nach 1945 „vom Geist der redistributiven Gleichheit regierte[n] Welt“ (S. 262), die dann zum Ende des 20. Jahrhunderts hin aus den egalisierenden Fugen geraten sei. Eine weniger affirmative Perspektive auf die wohlfahrtsstaatliche Gesellschaftsformation würde hingegen aufzeigen (müssen), dass diese vier nach Rosanvallon den demokratischen Gleichheitsgedanken negierenden bzw. entstellenden Bewegungen nicht schlicht „mit der Entstehung des redistributiven Sozialstaates überwunden“ (S. 107) wurden. Vielmehr hat der Wohlfahrtsstaat, als auf die „Figur der solidarischen Nation“ (S. 220f.) bezogene „Umverteilungsrevolution“ (S. 197), diese antidemokratischen Bewegungen – in je unterschiedlicher Weise und spezifischer Mixtur – gleichsam in sich aufgenommen und aufgehoben.

Leider entwickelt Rosanvallon für solche Kontinuitätslinien keine erkennbare Sensibilität, sondern sucht den wohlfahrtsstaatlichen Gleichheitsnationalismus als eine von identitär-exklusiven Nationalismen diametral unterschiedene „nichtnationalistische[.] Neudefinition des Nationalgedankens“ (S. 213) zu adeln, der im Nachkriegs-Europa der Va-

terländer „selbst wieder zum Träger eines emanzipatorischen Ideals“ (S. 215) avanciert sei. Die Schattenseiten der exklusiven Inklusion über „die Nation als relativ homogene Risikoklasse“ (S. 252), die sich insbesondere im Migrations- und Grenzregime nationaler Wohlfahrtsstaaten (bzw. des EU-europäischen Sozialmodells) manifestieren, bleiben damit unreflektiert. Die „Versuchung der Homogenität“ (S. 234), die Rosanvallon den totalitären Regimen der Zwischenkriegszeit zuschreibt, ist jedoch der nationalgesellschaftlichen Gleichheitsphilosophie keineswegs völlig fremd. So kann es kaum als Zufall gelten, dass uns nicht wenige der Versatzstücke einer antidemokratischen Programmatik, die Rosanvallon in dem wohl gelungensten Kapitel zu den „Pathologien der Gleichheit“ rekonstruiert, aus der älteren wie jüngeren Wohlfahrtsstaatsgeschichte selbst erstaunlich geläufig sind – von der Moralisierung der Bedürftigkeit im Tugenddiskurs über die Naturalisierung und Biologisierung von Ungleichheit bis hin zur Verteidigung der nationalen Arbeit. Der Nationalwohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit war eben nicht nur das Zeichen eines „Bruchs“ (S. 206) mit der Vergangenheit, sondern auch ein Medium der Verlängerung des Alten.

Ist die systematisierende Rekonstruktion der Ideen- und Institutionengeschichte einer „Gesellschaft der Gleichen“ gleichwohl mit großem Gewinn zu lesen, so kann Rosanvallons Buch immer weniger überzeugen, je mehr es sich – analytisch – gegenwärtigen Krisendeutungen und – normativ – zukünftigen Gesellschaftsszenarien annähert. Die Kriseninterpretation des Autors krankt an einem massiven Überhang der Ideen- gegenüber einer Strukturanalyse: Von der Transformation des Industrie- zum Finanzkapitalismus – und der aktiven Rolle nationaler Interventionsstaatlichkeit bei diesem ökonomischen Strukturwandel – ist in „Die Gesellschaft der Gleichen“ zum Beispiel keine Rede. Stattdessen konzentriert sich das Buch in seinem Schlusskapitel auf einen „ersten Entwurf“ (S. 301) einer gesellschaftspolitischen „Erneuerung des Gleichheitsgedankens“ (S. 299), der auf einem soziologisch wie sozialphilosophisch in den letzten Jahrzehnten äußerst intensiv bearbeiteten Feld erstaunlich freihändig für ei-

ne Neudefinition von Gleichheit als „Beziehungsgleichheit“ (S. 303) argumentiert. Dieses Szenario bleibt in seinem Plädoyer für die Wertideale der „Singularität, Reziprozität und Kommunalität“ (S. 308) – mit Verlaub – einigermaßen wolkig, wenn nicht nebulös. Die dem Autor vorschwebende neue bzw. erneuerte gesellschaftliche Gemeinschaftlichkeit nimmt die letztlich kryptisch bleibende Gestalt einer „Renationalisierung der Demokratien“ (S. 354) an, die jedenfalls keine – bzw. keine dem Rezensenten verständliche – Antwort auf die drängenden Fragen globaler Ungleichheit und globaler sozialer Rechte zu geben scheint.

In diesem Punkt spiegeln sich der Vorwie der Nachteil von Rosanvallons Werk: Es ist in seiner Rekonstruktion der krisenhaften Geschichte der gesellschaftlichen Gleichheit durchaus originell, zugleich aber eigentümlich provinziell. Wie so oft in französischen sozialwissenschaftlichen Debatten irritiert hier eine gewisse frankophone Selbstgenügsamkeit. Zum Beispiel hätte man Rosanvallons Geschichte gut und gerne auch mithilfe von Thomas H. Marshalls Konzeption der Entwicklung des modernen Staatsbürgerstatus erzählen können – die freilich in diesem Buch nicht einmal zitiert wird.¹ Auch jenseits dessen wirkt „Die Gesellschaft der Gleichen“ schon in den historisch-retrospektiven Teilen erstaunlich unbeeindruckt von postkolonialen Einsichten und Einflüssen, zumal aber in Rosanvallons Reflexionen über den „Weg zu einer allgemeinen Ökonomie der Gleichheit“ (S. 342) unangemessen nationenzentriert und eurozentrisch.

Und dennoch: Dem wissenschaftlich-politischen Impuls dieses Buches lässt sich einiges abgewinnen. Denn der die Gegenwart der europäischen Gesellschaften charakterisierenden „Kluft zwischen dem Voranschreiten der Demokratie als System und dem Rückgang der Demokratie als Gesellschaftsform“ (S. 11) ist mit oberflächlichen Postdemokratie-Diagnosen analytisch nicht beizukommen; sie bedarf vielmehr einer gründlichen historisch-soziologischen Aufklärung, zu der Pierre Rosanvallon einen wichtigen Beitrag leistet. Und die zentrale politische Einsicht der „Gesellschaft der Gleichen“ lässt sich wahrlich nicht weit und

oft genug verbreiten: „Egal, ob sie als Beziehung oder als eine Art der Umverteilung verstanden wird, Gleichheit kann immer nur als Projekt, als permanente Tätigkeit in Erscheinung treten. Sie existiert niemals im Ruhezustand; sie ist ein stetiger Kampf.“ (S. 146)

HistLit 2013-4-163 / Stephan Lessenich über Rosanvallon, Pierre: *Die Gesellschaft der Gleichen*. Hamburg 2013, in: H-Soz-Kult 26.11.2013.

¹Thomas H. Marshall, *Citizenship and Social Class*, London 1950 (u.ö.); dt.: *Bürgerrechte und soziale Klassen*. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main 1992.